

Weg mit dem Maulkorb bei VW!

30. Juni 2022

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in und vor den Werken des VW-Konzerns!

7. Juli ab 9:30 Kundgebung an Tor 3 und 10:30 öffentliche Verhandlung VW-Tor Gießerei/Feuerwache

Seit über 20 Jahren setzen sich die Genossinnen und Genossen der MLPD vor den Toren des Werkes mit Kollegen auseinander, unterstützen ihre Kämpfe wie auch die der SITECH- Leih- und Zeitarbeiter.

Die MLPD ist eine Arbeiterpartei für den echten Sozialismus! Genau das ist den Herrschaften im Weißen Haus ein Dorn im Auge!

August 2021: Eine auf dem Parkplatz vor der Gießerei geplante Kundgebung wurde verboten. Auf einer weiteren Kundgebung am 16. September im Bundestagswahlkampf an Tor 3 wurde uns verboten, bis an das Drehkreuz heranzugehen, um Flyer zu verteilen. Die aus der Luft gegriffene Begründung: private Eigentümerrechte auf einem öffentlichen Parkplatz, angebliche Behinderung der Sicherheit auf den Fußwegen. Der Gipfel war, den undemokratischen § 74 („Verbot der parteipolitischen Betätigung“), der laut Betriebsverfassungsgesetz für das innerbetriebliche Leben gilt, nun auch auf die Öffentlichkeit vor den Toren anzuwenden. Mit der Begründung könnte es künftig jeder fortschrittlichen Organisation bis zu den Gewerkschaften verboten werden, an Betriebs-toren aufzutreten. Eilanträge der MLPD mit dem Ziel, diese undemokratischen Beschränkungen aufzuheben, wurden vom Verwaltungsgericht Hannover und dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg abgewiesen. Nach diesen für sie günstigen Gerichtsurteilen wittert VW Morgenluft und griff jüngst auch in Wolfsburg wieder zu Unterdrückungsmaßnahmen gegen Verteiler von klassenkämpferischen Flugblättern.

Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten!

Nach der von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ erscheinen diese unterdrückeri-schen Maßnahmen in neuem Licht: Angesichts der



Gabi Fechtner, Parteivorsitzende der MLPD, am 23.08.2021 vor dem Haupttor

Vorbereitung eines III. Weltkriegs werden demokratische Rechte abgebaut. Mit einer regelrechten Gleichschaltung der Medien wird psychologische Kriegsführung betrieben. Das können wir uns als Arbeiter nicht bieten lassen!

Für den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft und zur Durchsetzung unserer berechtigten Lebensinteressen braucht die Arbeiterklasse bürgerlich-demokratische Rechte. Wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder das Recht auf Versammlungsfreiheit. Hierzu müssen sich alle fortschrittlich-demokratisch gesinnten Menschen über Parteigrenzen hinweg zusammenschließen. Ziehen wir Lehren aus der Geschichte - 1933 wurden die Gewerkschaften durch den Hitlerfaschismus verboten.

Verwaltungsgericht Hannover an Ort und Stelle

Zur Verhandlung über die Klage der MLPD gegen diese Beschneidung demokratischer Grundrechte hat nun das Verwaltungsgericht eine Ortsbesichtigung anberaumt. Direkt im Anschluss daran erfolgt – wenn es das Wetter zulässt – die öffentliche

Verhandlung über unsere Klage. Das sollte sich niemand entgehen lassen. Die MLPD und Bündniskräfte werden am

Donnerstag, den 7. Juli um 9.30h an Tor 3

eine Kundgebung durchführen, um die Belegschaft zu informieren und mit allen Interessierten darüber zu diskutieren. Hierzu sind alle Kolleginnen und Kollegen, der Betriebsrat, die Vertrauensleute der IGM und die örtlichen Medien herzlich eingeladen.

Käme VW damit durch, würden auch andere Konzerne diese Unterdrückung an ihren Werken organisieren; überall dort, wo sich kämpferische Kollegen gegen die Ausbeutung der Kapitalisten zur Wehr setzen. Deshalb:

- Beteiligt Euch an Kundgebung und Prozess!
- Erklärt Euch an den anderen Standorten solidarisch, auch wenn Ihr nicht kommen könnt!
- Unterschreibt für den Aufbau einer neuen Friedensbewegung!

Um 10:30 Uhr beginnt die öffentliche Verhandlung am VW-Tor Gießerei/Feuerwache.

Die Angst der Kapitalisten vor der Verbindung von Arbeiterklasse und wissenschaftlichem Sozialismus



Schon Karl Marx musste nach London emigrieren, weil die politische Justiz Preußens ihn verfolgte. Die Bismarck'schen „Sozialistengesetze“ waren ein weiterer Schritt, mit dem sie (letztlich) erfolglos den Gedanken über den Kampf zur revolutionären Selbstbefreiung von

den Arbeitern fernhalten wollten. Nach dem 2. Weltkrieg wurde 1956 die KPD verboten. Mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz von 1952 wurde die politische Betätigung in den Betrieben unter Strafe gestellt.

Der Hass und die Angst vor der Befreiungsideologie des Kommunismus und vor der Arbeiterbewegung ist der Hintergrund für den Versuch des VW-Vorstandes, die MLPD von den Werkstoren zu vertreiben und die freie politische Betätigung zu einzuschränken.

Kontakt MLPD Hannover: c/o K. Kleffel,
0511/56967694, mlpd-hannover-hameln@mlpd.de

V.i.S.d.P. J. Bader, Helmholtzstr. 1, 22765 Hamburg

Akute Gefahr eines dritten, atomaren Weltkrieges!

Nahezu jeden Tag rücken wir durch den imperialistischen Krieg Russlands gegen das ukrainische Volk und die offene Kriegsvorbereitung von NATO und EU näher an den Ausbruch eines III. Weltkrieges heran. In Wechselwirkung mit diesem Krieg verschärfen sich weitere Krisen: Übergang in die Umweltkatastrophe, Hunger- und Ernährungskrise, galoppierende



Inflation, wachsende Armut, bevorstehender tiefer Einbruch in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Es ist eine offene Krise des imperialistischen Weltsystems entstanden.

Viele machen sich Gedanken über die Ursachen und wie der aktive Widerstand gegen die Gefahr eines 3. Weltkrieges geführt werden kann. Die Auseinandersetzung, ob und wie mit selbständigen Streiks ein Lohnnachschlag durchgesetzt werden kann, erhält wachsende Bedeutung. Wir zahlen keinen Cent für die Kriegsvorbereitung! Vor allem ist die Frage aufgeworfen, welche Zukunft ein System hat, das trotz enorm wachsenden Reichtums weniger Menschen das Leben von Millionen Werktätigen zunehmend unerträglich macht. Die Imperialisten der Welt, vor allem USA, EU, China, Russland, können nicht ein einziges Problem der Menschheit lösen. Darum: Aktiver Widerstand gegen die Kriegsgefahr! Überwinden wir den Imperialismus in einer internationalen sozialistischen Revolution!

Die Fronten müssen geklärt werden – dazu ist intensive Information, Beratung und Diskussion in der Belegschaft dringend notwendig

Lest und kauft die neue Broschüre „Der Ukrainekrieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems!“

Hier am Tor für 5 €